



Benjamin Netanjahu gibt in Jerusalem seine Stimme ab – und fordert seine Anhänger auf, alles stehen und liegen zu lassen und wählen zu gehen. KEY

Schwacher Sieg für Netanjahu

Israel Nach ersten Hochrechnungen kommt das Bündnis des Premiers nur auf 31 Sitze

VON SUSANNE KNAUL, JERUSALEM

Es ist ein enttäuschender Sieg für Israels Premier Benjamin Netanjahu. Von 44 Mandaten, die Umfragen seinem Bündnis Likud und Israel Beitenu noch vor zwei Monaten versprochen, bleiben ihm laut ersten Prognosen nur noch 31 Sitze. Strahlender Zweiter ist Yair Lapid, der mit seiner Partei «Jesch Atid» («Es gibt eine Zukunft») auf überraschende 18 Mandate kommt, sollten sich die «Exit Polls» als richtig erweisen. Dritter ist die Arbeitspartei, die den Erwartungen entsprechend 17 Sitze in der Knesset einnehmen wird. Der national-religiöse Politiker Naftali Bennett brachte seine HaBayit Hajejudim mit 12 Mandaten nur auf den vierten Platz.

Strahlender Sonnenschein und Temperaturen um die 25 Grad trieben zahlreiche Israelis schon früh an die Wahlurnen, um den Rest des freien Tages für Ausflüge zu nutzen. Schon am frühen Nachmittag zeichnete sich eine so hohe Wahlbeteiligung ab, wie es sie zum letzten Mal vor 20 Jahren gab. Dabei stand der Sieger schon im Vorfeld fest. Für Netanjahu stellte sich nur die

Frage, mit welchem Vorsprung er aus dem Rennen hervorgehen wird.

«Ich komme, weil man auf sein Recht zu wählen nicht verzichten darf», sagte ein 60-jähriger Mann ohne grosse Begeisterung. Seine Meinung änderte er in seinem Alter nicht mehr. Vergebene Liebesmüh also für die Aktivistinnen der orientalisch-orthodoxen Schass, die sich vor einer Schule in Jerusalem versammelten, um noch Unentschlossene für sich zu gewinnen.

Friedensprozess war kein Thema

Gut fünf Millionen Israeli waren berechtigt, an einer der über 10 000 Wahlstationen landesweit ihre Stimme abzugeben. Es ging vor allem um Sozialpolitik. Jeder will ein Stück abhaben vom Kuchen der Sozialbewegung, die im Sommer vor zwei Jahren 400 000 Menschen auf die Strasse brachte. Das Thema Sicherheit steht latent im Hintergrund. «Wir brauchen eine Führung, die auf die Sicherheit des Staates nicht verzichtet», sagte ein älterer Taxifahrer. Die «Bedrohung aus dem Iran» mache ihm Sorge, aber auch die Palästinenser und Syrien «einfach alle».

Yair Lapid, der frühere Anchorman von «Channel 2», will sich für eine gerechtere Verteilung der staatsbürgerlichen Pflichten stark machen, allen voran Wehrdienst für die Ultra-

«Wir brauchen einen Premier, der sich von Barack Obama nicht reinreden lässt.»

Jehuda, 19-jährige Siedler aus dem Westjordanland

orthodoxen. Mit dem Thema Friedensprozess ist 2013 keine erfolgreiche Politik in Israel zu machen. Nur zwei Parteien schrieben Verhandlungen mit den Palästinensern auf ihre Wahlplakate, die Meretz und Ex-Aussenministerin Zippi Livnis «Bewegung». In der neuen Knesset haben beide mit je 7 Sitzen nicht die geringste Chance, etwas auszurichten.

Über 30 Parteien stritten um die 120 Sitze im Parlament, darunter Scheinparteien, die ohne politisches Programm schlicht die Werbezeit im Ra-

dio für ihr Thema nutzen wollen. Nur rund die Hälfte der Parteien ging mit realen Chancen in den Wahlkampf. «Wir kratzen an der Zwei-Prozent-Hürde für den Einzug in die Knesset», meinte Wahlhelfer Guy Aloni von der neuen arabisch-jüdischen Liste «Daam», die unmittelbar an die Sozialbewegung anknüpft. Laut Exit Polls werden die Sozialisten nicht in der Knesset vertreten sein.

Aloni und drei seiner Parteifreunde verteilten Zettel vor einer zweisprachigen Schule in dem arabischen Vorort Beit Safafa. Kaum 20 Meter von den jungen Sozialisten entfernt, postierte sich eine Gruppe Halbwüchsiger, die das andere Ende der politischen Landkarte repräsentieren. «Meine Stimme kriegt Naftali Bennett», der Chef der national-religiösen Partei HaBayit Hajejudim, sagte Jehuda. Der 19-Jährige und seine Freunde kommen aus Siedlungen im Westjordanland. «Wir brauchen einen starken Regierungschef», meinte er. «Einen, der keine Angst vor der UNO hat, und der sich von US-Präsident Barack Obama nicht reinreden lässt.» **Kommentar rechts**

Kommentar

von Susanne Knaul, Jerusalem



Frieden ist nicht in Sicht

■ Gar nicht wie erwartet verliefen die Wahlen für Benjamin Netanjahu: Zwar ging er zum dritten Mal – mit Unterbrechungen – als Sieger aus den israelischen Parlamentswahlen hervor. Die zweite Mission, eine stabile Koalition zu bilden, dürfte ihm jedoch bei dem für sein Bündnis Likud-Israel Beitenu mageren Ergebnis deutlich schwerer fallen. Unmittelbar nach Schliessung der Wahlurnen war denn auch bereits von Neuwahlen vielleicht schon im nächsten Jahr die Rede.

Egal ob Netanjahu sich die National-Religiösen oder den smarten Ex-Anchorman Yair Lapid ins Kabinett holt – schon jetzt ist abzusehen, dass es dieser Konstellation nicht um die Friedenspolitik geht. Lapid, der kein aussenpolitisches Programm hat, positioniert sich selbst leicht rechts von der Mitte. Nicht zufällig startete er seinen Wahlkampf in der Westjordanland-Siedlung Ariel. Zugeständnisse an die Palästinenser geniessen bei ihm keine Priorität. Er will seine Macht als starker Koalitionspartner auf den Kampf gegen die Ultraorthodoxen konzentrieren.

Der Rechtsruck in Israel wird mit Lapid auf Platz zwei nur scheinbar gedämpft. Unter dem Strich erreichten die rechten Parteien, welche eine Zwei-Staaten-Lösung offen oder versteckt ablehnen, einen klaren Punktesieg. Das bedeutet: Es ist kein Ende der Besatzung und kein Frieden in Sicht; stattdessen noch mehr Siedler, die ins Westjordanland ziehen und sich auf palästinensischem Land niederlassen. Und Igal Amir, der Mörder von Jitzhak Rabin, dem Friedensnobelpreisträger und früheren Ministerpräsidenten, der mit dem Leben bezahlen musste, weil er mit zwei Staaten im biblischen Eretz Israel Frieden machen wollte, sitzt in seiner Gefängniszelle und lacht sich kaputt.

ausland@azmedien.ch

150 Russen aus Syrien heimgeholt

Die russische Regierung hat mit der «Heimholung» von 150 Staatsbürgern begonnen. Sie reisten gestern auf dem Landweg von Damaskus nach Beirut, von wo aus sie in Sondermaschinen nach Moskau fliegen werden. Aus politischen Gründen vermeidet Moskau den Begriff «Evakuierung». Die Bürger würden «freiwillig» das Bürgerkriegsland verlassen. Weit über 30 000 russische Bürger, unter ihnen 25 000 mit Syrern verheiratete Russinnen, hätten sich für einen Verbleib in Syrien entschieden. Für eine gross angelegte Evakuierung, betonten russische Diplomaten in Damaskus, gäbe es noch keinen Anlass, da die meisten Stadtviertel von Damaskus noch immer sicher seien. Dass russische Passagiermaschinen aus Sicherheitsgründen Damaskus nicht mehr anfliegen, verschwiegen die Diplomaten.

Bereits im Dezember hatte Russland fünf Kriegsschiffe nach Tartus geschickt, um auf eine mögliche Evakuierung seiner Staatsbürger vorbereitet zu sein. Auch China hat inzwischen eine Fregatte ins östliche Mittelmeer entsandt. Iran soll seinen in Syrien lebenden Staatsbürgern nahegelegt haben, das Land zu verlassen. (M.W.)

De Klerk blickt stärker nach vorn als zurück

Zürich Der ehemalige südafrikanische Präsident Frederik Willem de Klerk ist allen Problemen zum Trotz optimistisch für die Zukunft seiner Heimat. Gestern sprach er in Zürich.

VON WERNER VOGT

Auch im Alter von fast 77 Jahren ist der ehemalige südafrikanische Präsident Frederik Willem de Klerk alles andere als im Ruhestand. Vor der schweizerisch-südafrikanischen Handelskammer sprach er gestern ausführlich über die Situation am Kap der Guten Hoffnung, wo er vor 23 Jahren mit der Freilassung des damals berühmtesten politischen Gefangenen, Nelson Mandela, eine politische Revolution ansties, die 1994 mit den ersten demokratischen Wahlen und damit mit dem Ende der weissen Vorherrschaft einen Höhepunkt fand. Der Friedensnobelpreisträger von 1993 (zusammen mit Nelson Mandela) blickt aber stärker nach vorne als zurück.

Der Ex-Präsident ist sich bestens bewusst, dass in der Schweiz genauso wie in anderen Ländern, die für die Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika

bedeutend sind, ein kritisches Bild über Südafrika vorherrscht. Stichworte sind etwa die gravierende Kriminalität, hohe HIV-Infektionsraten oder strapazierte sozialpartnerschaftliche Beziehungen, wie sie kürzlich in militanten Streiks im Bergbau sowie in der Landwirtschaft manifest wurden.

Dies alles bestreitet de Klerk nicht – im Gegenteil. Er ergänzt die Liste mit zusätzlichen Punkten. Verschmitzt meint er aber: «Seit 1652 die ersten Weissen ans Kap der Guten Hoffnung kamen, hat man immer gesagt: Südafrika ist ein schönes Land, aber die Zukunftsperspektiven sind äusserst unsicher. Entgegen allen negativen Prognosen gibt es uns aber immer noch. Und vieles läuft in eine positive Richtung.»

Schlechte Prognose für den ANC

De Klerk prognostiziert, dass die südafrikanische Regierungspartei, der African National Congress (ANC) auseinanderbrechen wird: «Es ist ja wirklich nicht sinnvoll, dass in einer Partei vom Liberalen oder zumindest Linksliberalen bis zum orthodoxen Kommunisten sämtliche politischen Strömungen oder Schattierungen vorhanden sind.» De Klerk sieht wesentlich mehr



«Entgegen allen negativen Prognosen gibt es uns immer noch. Und vieles läuft in eine positive Richtung.»

Frederik Willem de Klerk, ehemaliger südafrikanischer Präsident

Gemeinsamkeiten zwischen den liberalen Kräften im ANC und den Exponenten der grössten Oppositionspartei Democratic Alliance als zwischen den Extremen innerhalb des ANC.

De Klerk hat sich schon lange aus der aktiven Politik zurückgezogen. Von Ruhestand ist aber nichts zu spüren. Zu Hause setzt er sich für die Stärkung der Zivilgesellschaft, die friedliche Koexistenz zwischen den Rassen und die Durchsetzung des Fairnessgedankens in der Verfassung ein, dies im Rahmen seiner F. W. de Klerk Foundation.

Stiftung mit Sitz in der Schweiz

Ebenso intensiv – wenn auch weniger bekannt – ist das internationale Engagement de Klerks in der von ihm gegründeten Global Leadership Foundation, deren rechtlicher Sitz in der Schweiz ist. Die Stiftung, der zahlreiche frühere Präsidenten, Regierungschefs und Minister angehören, berät Regierungen, die schwerwiegende Probleme zu bewältigen haben. Im Vorstand dabei ist alt Bundesrat Pascal Couchepin. Mitglied ist auch alt Bundesrat Kaspar Villiger. Schwergewichte der Organisation sind etwa der frühere französische Premier Michel Rocard und der ehemalige Nato-Generalsekretär Javier Solana. Über die Arbeit dieser Stiftung wird nichts Konkretes berichtet, da die Coaching-Gespräche zwischen den «elder statesmen» und den Regierungen streng vertraulich sind.